

NRW-Tarif

Regelung der Einnahmenaufteilung
im SPNV (SPNV-EAV)

Version 0.9, 2008-06-12

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Präambel	3
Regelung der Einnahmenaufteilung im SPNV (SPNV-EAV)	4
§ 1 Gegenstand und Grundsätze	4
§ 2 Erlösverantwortliche Partner	5
§ 3 Vertriebspartner	5
§ 4 Clearing-Stelle	5
§ 5 Versteuerung, Provisionen	6
§ 6 Einnahmen- und Verkaufsmeldung	6
§ 7 Abrechnung	7
§ 8 Abwicklung von Geldzahlungen	8
§ 9 Zahlungsverzug	8
§ 10 Vertragsstrafen	8
§ 11 Fortschreibung	9
§ 12 Vertraulichkeit	9
§ 13 Laufzeit, Kündigung, Widerruf und Anpassung	10
§ 14 Finanzierung	10
§ 15 Wirksamkeitsklausel	11
§ 16 Schlussbestimmungen	11
Anlagenverzeichnis	12

Präambel

Zur Anwendung des NRW-Tarifs haben das Land NRW, die DB Regio NRW GmbH, die Zweckverbände sowie die Verkehrsverbünde und -gemeinschaften in NRW den *"Kooperationsvertrag über den NRW-Tarif"* (kurz: Kooperationsvertrag) geschlossen.

Auf der Grundlage des Kooperationsvertrages ist die *"Regelung der Einnahmenaufteilung im NRW-Tarif"* (kurz: ÖSPV-EAV) über die Meldung und Aufteilung der Einnahmen, die Zahlungsflüsse sowie den Nachweis der Ordnungsmäßigkeit der Berechnungen getroffen worden. Sie regelt in erster Linie die Aufteilung der auf den ÖSPV entfallenden Einnahmen aus dem NRW-Tarif auf Verkehrsverbünde und -gemeinschaften.

Der Kooperationsvertrag (§ 12 Abs. 4) sieht vor, auch Vereinbarungen über die Aufteilung der auf den SPNV entfallenden Einnahmen aus dem NRW-Tarif zu treffen. Vor diesem Hintergrund vereinbaren

- (1) die Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR,
- (2) die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (auch für das KompetenzCenter Marketing NRW),
- (3) die Aachener Verkehrsverbund GmbH,
- (4) die Verkehrsgemeinschaft Ruhr-Lippe,
- (5) die Verkehrsgemeinschaft Münsterland,
- (6) die OWL Verkehr GmbH,
- (7) die Verkehrsgemeinschaft Westfalen Süd,
- (8) die Verkehrsgemeinschaft Niederrhein,
- (9) der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe,
- (10) der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr,
- (11) der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg,
- (12) der Zweckverband Aachener Verkehrsverbund,
- (13) der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Ruhr-Lippe,
- (14) der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Münsterland,
- (15) der Zweckverband Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe,
- (16) der Zweckverband Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter,
- (17) der Zweckverband Personenverkehr Westfalen Süd,
- (18) der Nahverkehrszweckverband Niederrhein,
- (19) die DB Regio NRW GmbH (im Folgenden „DB Regio“ genannt),
- (20) die ABELLIO Rail NRW GmbH,
- (21) die Rhenus Keolis GmbH & Co. KG - NL eurobahn Bielefeld,
- (22) die NordWestBahn GmbH,
- (23) die Prignitzer Eisenbahn GmbH,
- (24) die Regionale Bahngesellschaft Kaarst-Neuss-Düsseldorf-Erkrath-Mettmann-Wuppertal mbH,
- (25) die Rurtalbahn GmbH,
- (26) die trans regio Deutsche Regionalbahn GmbH,
- (27) die vectus Verkehrsgesellschaft mbH,
- (28) die Westerwaldbahn GmbH,
- (29) die WestfalenBahn GmbH,

in ihrer Gesamtheit im Folgenden auch "Vertragspartner" genannt

folgende

Regelung der Einnahmenaufteilung im SPNV (SPNV-EAV)

§ 1 Gegenstand und Grundsätze

- a) Die Einnahmen aus den Verkaufserlösen des NRW-Tarifs stehen entsprechend § 12 Abs. 1 des Kooperationsvertrages und nach der ÖSPV-EAV den erlösverantwortlichen Kooperationspartnern, getrennt nach den Bestandteilen SPNV und ÖSPV, zu.
- b) Die vorliegende Regelung umfasst die Aufteilung der auf den **SPNV** entfallenden **Einnahmen aus dem NRW-Tarif** und die damit verbundenen Formvorschriften, Fristen und Termine zur Meldung von Verkaufsdaten sowie die Abrechnung und Abwicklung von Geldzahlungen. Grundlage des Aufteilungsverfahrens ist die „*Richtlinie zur Aufteilung der Einnahmen aus dem NRW-Tarif im SPNV*“ (kurz: Richtlinie; **Anlage 1**) und die in den Anlagen zu der vorliegenden Regelung getroffenen Vereinbarungen. Die vorliegende Regelung ergänzt die ÖSPV-EAV und die dort in § 3 Abs. 1 a) aufgeführten Verträge.
- c) Diese Regelung gilt mit ihrem Inkrafttreten zunächst für die Einnahmenaufteilung der RelationspreisTickets und der SemesterTickets NRW sowie für den Ausgleich der Mindereinnahmen für die Anerkennung der BahnCard im NRW-Tarif.
- d) Die Vertragspartner streben an, die PauschalpreisTickets ebenfalls nach dieser Regelung aufzuteilen. Die hierfür maßgeblichen Vorschriften sind Gegenstand der Richtlinie. Die Einbeziehung der PauschalpreisTickets in die Einnahmenaufteilung setzt ein einvernehmliches Votum der Vertragspartner voraus. Der entsprechende Beschluss ist zu protokollieren. Bis zur endgültigen Einbeziehung der PauschalpreisTickets in die Einnahmenaufteilung wird das vorgesehene Verfahren bereits umgesetzt, um eine "virtuelle" Aufteilung durchführen zu können. Die Vertragspartner halten es übereinstimmend für erforderlich, spätestens mit Wirkung zum 01.01.2009 die Einnahmenaufteilung für PauschalpreisTickets im vorliegenden Vertrag verbindlich zu regeln.
- e) Die Vertragspartner stellen sicher, dass die erforderlichen technischen (z. B. Fahrplan- und NRW-Tarif-Daten) und personellen Voraussetzungen zur Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen dauerhaft gegeben sind und die Clearing-Stelle dadurch in die Lage versetzt wird, die aus dieser Regelung resultierenden Aufgaben durchzuführen.
- f) Sofern die Vertragspartner dieser Regelung nicht auch Vertragspartner des „*Kooperationsvertrages über den NRW-Tarif*“ vom 27.01.2005 (Kooperationspartner) und/oder der ÖSPV-EAV und der dort in § 3 Abs. 1 a) aufgeführten Verträge sind oder diesen bereits auf andere Weise beigetreten sind, stimmen sie diesen durch Unterzeichnung dieser Regelung zu und verpflichten sich zu deren Anerkennung bzw. – soweit ein Vertrag einen eigenständigen Beitritt vorsieht – zur Beitrittserklärung nach dessen Vorgaben.

§ 2 Erlösverantwortliche Partner

- a) Unter „erlösverantwortlichen Partnern“ sind in dieser Regelung, abhängig von der Verkehrsvertragslage (sog. Brutto- oder Netto-Verträge), die Aufgabenträger als Besteller der SPNV-Leistungen selbst oder die auf der Grundlage von Netto-Verträgen tätigen Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) – also die bundeseigenen und nicht-bundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen) –, sofern sie in der Präambel benannt oder dieser Regelung gemäß Buchst. b) beigetreten sind, zu verstehen.
- b) Nicht in der Präambel benannte EVU, die zukünftig Verkehrsleistungen auf der Grundlage von Netto-Verträgen erbringen, treten dieser SPNV-EAV durch eine schriftliche Erklärung gemäß **Anlage 2a** bei und werden damit Vertragspartner dieser SPNV-EAV. Die Aufgabenträger als Besteller von SPNV-Leistungen verpflichten diese EVU im Rahmen der vertraglichen Gestaltungen zur Abgabe einer entsprechenden Beitrittserklärung.

§ 3 Vertriebspartner

- a) Unter „Vertriebspartnern“ sind in dieser SPNV-EAV alle Unternehmen zu verstehen, die den NRW-Tarif verkaufen. Die Vertriebspartner sind für die ordnungsgemäße und vollständige Meldung der Einnahmen und Verkäufe verantwortlich.
- b) Unternehmen, die nicht Vertragspartner sind, dürfen am Vertrieb nur teilnehmen, soweit sie sich dieser Regelung und damit auch deren Grundlagen durch Abgabe der Selbsterklärung (**Anlage 2b**) unterwerfen.
- c) Die Vertriebspartner können den Vertrieb an Dritte übertragen. Eine Übertragung ist nur zulässig, soweit der Dritte sich dieser Regelung durch Abgabe der Selbsterklärung (**Anlage 2b**) unterwirft.

§ 4 Clearing-Stelle

- a) Die Vertragspartner des Kooperationsvertrages über den NRW-Tarif haben die Aufgabe der statistischen Erfassung und Aufbereitung der Absatz- und Umsatzzahlen sowie die Aufteilung der Einnahmen aus dem NRW-Tarif einer neutralen „Clearing-Stelle“ übertragen. Die Aufgaben der Clearing-Stelle nimmt gemäß § 3 Abs. 1 des Kooperationsvertrages das KompetenzCenter Marketing NRW bei der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH wahr.
- b) Die Clearing-Stelle nimmt darüber hinaus weitere zentrale Aufgaben für die Kooperationspartner wahr. Dies ist z.B. das Vertragscontrolling, die Abrechnung sowie die Zahlungsüberwachung und -abwicklung zu überregionalen Angeboten und Verträgen. Derzeit hat sie den Auftrag folgende Segmente des NRW-Tarifs zentral zu betreuen, zu verwalten und vollständig abzuwickeln:
 - BahnCard-Mindereinnahmenausgleich
 - SemesterTicket NRW
 - InternetTicketshop NRW.

Die Einnahmen werden von der Clearing-Stelle treuhändisch verwaltet.

- c) Die Clearing-Stelle nimmt die unter Buchst. a) und b) genannten Aufgaben auch für die Vertragspartner der SPNV-EAV wahr.
- d) Die Vertragspartner legitimieren und beauftragen die Clearing-Stelle in ihrem Namen die BahnCard-Ergänzungsvereinbarung zur Abwicklung des BahnCard-Mindereinnahmenausgleichs (**Anlage 5**) mit der DB Fernverkehr AG abzuschließen.
- e) Die aktuelle Beschlusslage zum SemesterTicket NRW und zum InternetTicketshop NRW ist in den **Anlagen 6** und **7** wiedergegeben.

§ 5 Versteuerung, Provisionen

- a) Die Versteuerung der Einnahmen obliegt den Unternehmen bzw. erlösverantwortlichen Partnern.
- b) Die Gewährung von Vertriebsprovisionen ist nicht Gegenstand dieser Regelung. Provisionsregelungen können jedoch bilateral zwischen den Vertragspartnern vereinbart werden.

§ 6 Einnahmen- und Verkaufsmeldung

- a) Meldepflichtige Einnahmen und Verkäufe im Sinne dieses Vertrages sind alle Einnahmen und Verkäufe des NRW-Tarifs.
- b) Einnahmen- und Verkaufsmeldungen zum NRW-Tarif erfolgen grundsätzlich monatlich an die Clearing-Stelle.
- c) Die Einnahmen werden brutto gemeldet.
- d) Die Vertriebspartner melden die Verkaufsdaten der **RelationspreisTickets** nach den Vorgaben der „Schnittstellenvereinbarung zum Datenaustausch für die Umsetzungsstufe 3 des NRW-Tarifs“ (**Anlage 3**) bis zum Ende des Folgemonats.

Zum Abschluss der Abrechnungsperiode (Kalenderjahr) legen die Vertriebspartner der Clearing-Stelle bis Ende April des Folgejahres eine schriftliche Bestätigung des gemeldeten Jahreswertes in Form eines Testates/einer Bestätigung eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters vor.

- e) Die Vertriebspartner melden die Verkaufsdaten der **PauschalpreisTickets** anhand des hierfür jeweils vorgesehenen (elektronischen) Formulars.

Die Einnahmen- und Verkaufsmeldungen der EVU erfolgen bis zum Ende des Folgemonats. Für die übrigen Vertriebspartner in den Kooperationsräumen erfolgen innerhalb von drei Monaten zusammengefasste Einnahmen- und Verkaufsmeldungen durch die zuständigen Verbundorganisationen an die Clearing-Stelle. Diese Meldungen beinhalten zusätzlich die auf den SPNV entfallenden Einnahmen gem. Anhang C der Richtlinie zur „Aufteilung der Einnahmen aus dem NRW-Tarif im SPNV“.

Zum Abschluss der Abrechnungsperiode (Kalenderjahr) legen die EVU und die Verbundorganisationen der Clearing-Stelle bis Ende April des Folgejahres eine Jahresmeldung vor.

§ 7 Abrechnung

- a) Von den meldepflichtigen Einnahmen gemäß § 6 sind mit Inkrafttreten dieser Regelung die Einnahmen aus RelationspreisTickets aufteilungsrelevant für die SPNV-Einnahmenaufteilung.
- b) Die speziellen Abrechnungsabläufe zu den Einnahmen gemäß § 4 Abs. b) sind in den entsprechenden Einzelverträgen und den dazugehörigen Verfahrensbeschreibungen festgelegt.
- c) Zum Zwecke der Schaffung einer Datenbasis zur späteren Einnahmenaufteilung verpflichten sich die Aufgabenträger, der Clearing-Stelle unmittelbar nach bekannt werden alle gebietsspezifischen Informationen zur Erlösverantwortung/zum Erlösanspruch mit allen für die Durchführung der Einnahmenaufteilung erforderlichen Differenzierungen (Leistungsanteile und Zuordnung der Linien/Linienabschnitte auf die erlösverantwortlichen Kooperationspartner) zur Verfügung zu stellen.
- d) Die Monatsabrechnungen der Clearing-Stelle erfolgen grundsätzlich bis zum Ende des auf den Folgemonat folgenden Monats, frühestens jedoch einen Monat nach vollständigem Vorliegen aller erforderlichen Einnahmen- und Verkaufsmeldungen. Für die ersten zwölf Abrechnungsmonate nach dem 01.01.2008 kann von den Fristen für die Einnahmen- und Verkaufsmeldungen und die Erstellung der Abrechnungen um bis zu zwölf Monate abgewichen werden.
- e) Die Jahresabrechnungen der Clearing-Stelle erfolgen bis Ende Mai des Folgejahres, frühestens jedoch einen Monat nach vollständigem Vorliegen aller erforderlichen Einnahmen- und Verkaufsmeldungen sowie der entsprechenden Testate und Bestätigungen. Die Jahresabrechnungen bleiben vorläufig, bis die in der Richtlinie festgelegten Parameter des Routensplits erstmalig überprüft worden sind. Die Inhalte einer Kalibrierung werden zwischen den erlösverantwortlichen Partnern einvernehmlich abgestimmt und in der Richtlinie dokumentiert.
- f) Widersprüche durch die Vertragspartner gegen die Abrechnungen der Clearing-Stelle sind bis zum letzten Tag des auf die Abrechnung folgenden Monats möglich. Über die Widersprüche befindet die Clearing-Stelle. Stellt sich der Widerspruch als begründet heraus, so korrigiert die Clearing-Stelle die Abrechnung. Etwaige Differenzen zwischen Ausgleichsbeträgen nach der ursprünglichen und der korrigierten Abrechnung werden mit Ausgleichsbeträgen der folgenden Abrechnungsperiode verrechnet. Erfolgt hierbei keine Einigung, wird von den Vertragspartnern eine Schlichtungskommission einberufen.

§ 8 Abwicklung von Geldzahlungen

- a) Die Clearing-Stelle ermittelt, ob und in welcher Höhe Zahlungen zwischen den Vertragspartnern zu leisten sind. Die Zahlungen sind innerhalb eines Monats nach Zugang der Abrechnung an den/die benannten Empfänger zu leisten. Es erfolgt grundsätzlich kein Zahlungsfluss über die Clearing-Stelle.
- b) Hiervon ausgenommen sind die Einnahmen gemäß § 4 Abs. b). Ergeben sich aus den treuhändisch verwalteten Einnahmen Zinserträge, fügt die Clearing-Stelle diese zweckgebunden ihrem Haushalt im Bereich Einnahmenaufteilung hinzu.

§ 9 Zahlungsverzug

Im Fall eines Zahlungsverzuges wird der noch ausstehende Betrag vom Fälligkeitstag an mit 3 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank verzinst.

§ 10 Vertragsstrafen

- a) Geht eine Einnahmen- und Verkaufsmeldung eines Vertriebspartners nicht, nicht rechtzeitig und/oder sonst den Vorgaben nicht entsprechend bei der Clearing-Stelle ein, kann für jeden Fall eines schuldhaften solchen Versäumnisses eine Vertragsstrafe fällig werden und zwar in Höhe von 0,5 Prozent des zu meldenden Betrags (je Tag, den das Versäumnis anhält), in der Gesamtsumme jedoch mindestens 50 € und, sofern der Betrag 50 € übersteigt, höchstens bis zu 5 Prozent des zu meldenden Betrages, wobei eine betragsmäßige Obergrenze von 20.000 € nicht überschritten werden darf.
- b) Geht eine Einnahmen- und Verkaufsmeldung wiederholt nicht oder wesentlich verspätet oder den Vorgaben in erheblichem Maße nicht entsprechend bei der Clearing-Stelle ein, so kann durch eine Schiedskommission auf Antrag der Clearing-Stelle eine zusätzliche Vertragsstrafe von bis zu 10 Prozent des zu meldenden Betrages festgesetzt werden, wobei eine betragsmäßige Obergrenze von 40.000 € nicht überschritten werden darf.
- c) In die Schiedskommission werden zwei Vertreter der Aufgabenträger, ein Vertreter der DB Regio sowie zwei Vertreter der erlösverantwortlichen Partner aus dem Kreis der NE-Bahnen entsandt. Die Aufgabenträger und die erlösverantwortlichen NE-Bahnen bestimmen im Falle des Zusammentretens der Schiedskommission die Vertreter jeweils aus ihrem Kreis nach einem von Ihnen zu bestimmenden Verfahren. Die Schiedskommission entscheidet mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit. Ist ein in der Schiedskommission vertretener Vertriebspartner selbst oder eines seiner Mitglieder oder ein Unternehmen, das aufgrund eines Vertrages mit ihm Vertriebsleistungen erbringt, Gegenstand einer solchen Entscheidung, ist der Vertreter von der Entscheidung ausgeschlossen.
- d) Die Clearing-Stelle stellt über die Vertragsstrafe eine Rechnung aus. Den Betrag der Vertragsstrafe fügt sie zweckgebunden ihrem Haushalt im Bereich Einnahmenaufteilung hinzu.

§ 11 Fortschreibung

- a) Änderungen dieser Regelung bedürfen des Einvernehmens zwischen den Vertragspartnern.
- b) Sofern neue Tarife oder Tarifmaßnahmen eingeführt werden, sind die Vertragspartner verpflichtet, zugleich ggf. erforderliche Anpassungen oder Änderungen zu beschließen. Die Clearing-Stelle wird ggf. erforderliche Änderungen, Anpassungen oder Ergänzungen dieser Regelung und ihrer Anlagen empfehlen.
- c) Die der Richtlinie (**Anlage 1**) zugrunde liegenden Parameter werden alle fünf Jahre überprüft. Das Verfahren ist in der Richtlinie festgelegt.

§ 12 Vertraulichkeit

- a) Die Vertragspartner und deren Beauftragte nach § 3 c) haben alle Informationen, die sie im Zusammenhang mit dieser Regelung erhalten, vertraulich zu behandeln und nicht offen zu legen oder Dritten zugänglich zu machen, es sei denn, der betroffene Vertragspartner hat dies zuvor schriftlich genehmigt. Als Dritte sind auch andere Vertragspartner und deren Beauftragte anzusehen.
- b) Für die Clearing-Stelle gelten besondere Anforderungen an die Gewährleistung der Vertraulichkeit, die in einer Vertraulichkeitsvereinbarung (**Anlage 4**) festgelegt sind. Erlösverantwortliche Partner haben das Recht, die Übertragung der Aufgaben auf einen Dritten zu verlangen, wenn der Clearing-Stelle schwerwiegende Verstöße gegen die Vertraulichkeit nachgewiesen werden können.
- c) Die Vertragspartner verpflichten sich, die vertraulichen Informationen ausschließlich zum Zwecke der Durchführung dieser Regelung zu verwenden.

§ 13 Laufzeit, Kündigung, Widerruf und Anpassung

- a) Diese Regelung tritt mit Wirkung zum 01.01.2008 in Kraft und ersetzt ab diesem Zeitpunkt die bisher zwischen den Unterzeichnern vereinbarten Regelungen oder bestehenden Absichtserklärungen (z.B. Letter of Intent) zur Aufteilung der SPNV-Anteile im NRW-Tarif.
- b) Die Regelung läuft auf unbestimmte Zeit und endet für jeden Vertragspartner, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf, mit Wirkung der Kündigung des Kooperationsvertrages oder wenn die ÖSPV-EAV durch Kündigung oder aus anderen Gründen unwirksam wird.
- c) EVU und Vertriebspartner können ihre Beteiligung an der Regelung kündigen oder ihre Selbsterklärung widerrufen, wenn sie keine SPNV-Verkehrsleistungen in NRW mehr erbringen und nicht mehr am Vertrieb des NRW-Tarifs teilnehmen.
- d) Ändern sich wesentliche wirtschaftliche oder rechtliche Grundlagen dieser Regelung schwerwiegend und hätten die Vertragspartner diese Regelung nicht oder mit anderem Inhalt geschlossen oder wären ihr mit diesem Inhalt nicht beigetreten oder hätten ihr mit diesem Inhalt nicht durch die Selbsterklärung gemäß § 3 Abs. b) zugestimmt, wenn sie diese Veränderung vorausgesehen hätten, so kann jeder Vertragspartner die Anpassung des Vertrages verlangen, soweit ihm unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls, insbesondere der vertraglichen oder gesetzlichen Risikoverteilung, das Festhalten an der unveränderten Regelung nicht zugemutet werden kann. Ist eine Anpassung nicht möglich oder einem Vertragspartner nicht zumutbar, so kann der benachteiligte Vertragspartner diese Regelung kündigen, seinen Beitritt widerrufen oder von der Selbsterklärung zurücktreten.
- e) § 13 Abs. d) gilt entsprechend bei Änderung der Grundlagen der Einnahmenaufteilung, sofern der benachteiligte Vertragspartner dem jeweiligen Vertrag nicht unabhängig von der Unterzeichnung dieser Regelung durch Unterzeichnung des jeweiligen Vertrages oder auf sonstige Weise zugestimmt hat.

§ 14 Finanzierung

- a) Das KompetenzCenter Marketing NRW trägt die Initialkosten zum Aufbau der Einnahmenaufteilung und der Abrechnung sowie die aufgrund der Tätigkeiten gemäß dieser Regelung verursachten Kosten der Clearing-Stelle.
- b) Das KompetenzCenter Marketing NRW wird derzeit vom Land NRW finanziell gefördert soweit die Notwendigkeit der Kosten nachgewiesen wird. Die zu finanzierenden Maßnahmen werden vor der Umsetzung einvernehmlich abgestimmt und die anfallenden Kosten anschließend über entsprechende Verwendungsnachweise belegt.
- c) Für den Fall, dass sich die Finanzierungsgrundlage verändert, verpflichten sich die Vertragspartner, eine einvernehmliche Vereinbarung zur Kostendeckung zu treffen.

§ 15 Wirksamkeitsklausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Regelung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, oder sollte diese Regelung Lücken enthalten, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Regelung hierdurch nicht berührt.

Anstelle der unwirksamen Bestimmungen gilt diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, welche dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmungen am nächsten kommt. Im Falle von Lücken gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck der Regelung vernünftigerweise vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vorneherein bedacht.

§ 16 Schlussbestimmungen

- a) Soweit diese in dieser Regelung nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, gelten die Bestimmungen der ÖSPV-EAV entsprechend.
- b) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem oder über diesen Vertrag ist Köln.
- c) Streiten die Parteien über Rechte und Pflichten aus dieser Regelung, so ist vor Inanspruchnahme des Rechtsweges zunächst ein Schiedsgutachter einzuschalten, der auf Antrag einer Partei vom Präsidenten des Oberlandesgerichts Köln zu benennen ist und bei dem es sich um einen Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater handeln muss. Die Kosten des Schiedsgutachtens tragen die Parteien im Verhältnis des jeweiligen Obsiegens und Unterliegens.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1

Aufteilung der Einnahmen aus dem NRW-Tarif im SPNV – Richtlinie

Anlage 2a

Beitrittserklärung

Anlage 2b

Selbsterklärung

Anlage 3

Austausch von Abrechnungsdaten in der Umsetzungsstufe 3 des NRW-Tarifs – Schnittstellenvereinbarung

Anlage 4

Vertraulichkeitsvereinbarung

Anlage 5

BahnCard-Ergänzungsvereinbarung

Anlage 6a

SemesterTicket NRW – Verfahrensbeschreibung, Abrechnungsablauf

Anlage 6b

SemesterTicket NRW – Mustervertrag

Anlage 7

InternetTicketshop NRW – Vertrag